

„Die HGÜ-Trasse ist überflüssig!“

Die Spekulation über Erdkabel oder Masten bringt den Bund Naturschutz in Rage. Das Projekt Stromautobahn muss grundsätzlich in Frage gestellt werden, fordert der BN mit Nachdruck.

„Es ist derzeit wenig hilfreich, über Strommasten oder Erdkabel zu spekulieren. Das gesamte Konzept der Gleichstromübertragung, sprich Stromautobahnen, über große Entfernungen ist umweltschädlich und muss grundsätzlich in Frage gestellt werden“, kritisiert Fred Terporten-Löhner, der Kreisvorsitzende des Bundes Naturschutz. Denn Gleichstromtrassen bremsen die dezentrale Energiewende aus.

Der Netzentwicklungsplan setze einseitig auf ein zentralistisches Netzmodell, das in erster Linie dem internationalen Stromverbund der europäischen Stromkonzerne diene, ist sich der BN sicher. „Wenn den Netzbetreibern wie Amprion und Tennet per Gesetz eine Rendite von 9 Prozent garantiert wird - und das in Zeiten der Nullzinspolitik – dann ist es doch kein Wunder, dass man auf maximalen Netzausbau setzt“, schimpft der BN-Chef. Bis heute existiere nach Auffassung des Bundes Naturschutz noch kein seriöser Nachweis, dass die HGÜ-Leitungen notwendig sind. Besonders kritisiert der BN die Tatsache, dass keine strategischen Umweltprüfung stattfindet und kein Alternativkonzept entwickelt wurde, in dem die Potentiale der Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz durch Kraft-Wärme-Kopplung und Einspar-potentiale berücksichtigt werden. Zudem müsse die Netzentwicklung Strom mit der Entwicklung von Wärme- und Gasnetzen verbunden werden. „Äußerst bedenklich sehe ich den Umstand, dass die Gleichstrompassage Süd-Ost, die von Wollmerstedt bei Magdeburg bis Isar bei Landshut durch unsere Region geführt werden soll, damit begründet wird, überflüssigen Windstrom in den Süden der Republik zu verfrachten“, so Fred Terporten-Löhner. „Dabei geht es doch vor allem um klimaschädlichen Braunkohlestrom, wodurch die bundeseinheitlich beschlossene Energiewende und der Klimaschutz ausgebremst werden. Es ist unerträglich wie jetzt das Feld für diese Trassenführung im Fichtelgebirge vorbereitet wird.

Deshalb sei für den BN klar. „Wir werden uns gegen die HGÜ-Trasse wehren, auch wenn diese vorrangig in die Erde gelegt werden soll. Wir setzen hier auf einen mächtigen, gemeinsamen Widerstand zusammen mit dem BBV, dem FGV und der BI gegen die Stromautobahn“, hofft der BN-Kreisvorsitzende. „Und wenn schon das Projekt im Grundsatz nicht verhindert werden könne, so wäre es nur konsequent, die HGÜ-Trasse aufgrund des hohen Raumwiderstands im Naturpark Fichtelgebirge und der hohen Kosten der Erdkabel in einem Graben entlang der A9 zu führen“, betont Terporten-Löhner.

Das „Worst-Case-Szenario“ wäre laut BN eine „doppelte Stromautobahn“ mit einem ertüchtigtem Ostbayernring und der HGÜ-Leitung quer durch den Naturpark Fichtelgebirge. „Das wäre eine irreparable Schädigung der wertvollen Kulturlandschaft und des Tourismus. Und wir würden doppelt bestraft. Denn im Landkreis Wunsiedel werde die Energiewende vorbildlich umgesetzt. Dafür haben wir eine Beeinträchtigung der Landschaft im inneren Fichtelgebirge durch Windkraftwerke in Kauf nehmen müssen.“ Es ist nun an der Zeit, dass auch Landrat und Bürgermeister „Farbe bekennen“.

„Ein Sieg der Vernunft“

Mit großer Erleichterung hat der Bund Naturschutz die Nachricht aufgenommen, dass der Ausbau der B 303 zwischen Tschechien und der A9 nicht mehr im Entwurf des neuen

Bundesverkehrswegeplans enthalten ist. „Damit wäre eine Autobahn durch die Hintertüre auf der Trasse der B 303 vom Tisch. Ein echter Sieg der Vernunft“, freut sich BN-Kreisgeschäftsführer Karl Paulus, der sich seit mehr als 30 Jahren mit dem Thema beschäftigt.

Die sinkenden Verkehrszahlen sprechen eine deutliche Sprache. „Das schließt natürlich nicht aus, an neuralgischen Punkten eine Optimierung der B 303 in Form von Lärmschutz und Anbau einzelner Überholspuren herbeizuführen“, sagt Karl Paulus.

Der BN-Kreisgeschäftsführer kritisiert in diesem Zusammenhang den Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Peter Friedrich, der umgehend wieder den „Lückenschluss“ und den sofortigen Bau der Ortsumgehung von Schirnding gefordert habe. „Dort, wo faktisch null Verkehrsproblem existiert, sollen gut 10 Millionen Euro vergraben werden, während die Schlaglochpisten auf Gemeinde- und Kreisstraßen in unverantwortlicher Weise zunehmen“, verdeutlicht Paulus. „Ist das noch sinnvolle Verkehrspolitik?“

gez. Fred Terporten-Löhner, BN-Kreisvorsitzender
Karl Paulus, Kreisgeschäftsführer BN
21.03.2016